

🔒 Streit mit den Ländern

G-BA-Chef Hecken unterstreicht Bedeutung höherer Mindestmengen für Frühgeborene

Der Streit um strengere Vorgaben in der Frühchen-Versorgung schwelt seit geraumer Zeit. Der Unparteiische Vorsitzende im G-BA, Josef Hecken, verweist nun auf das Votum von Fachgesellschaften.

Veröffentlicht: 21.11.2023, 14:27 Uhr



Ab Januar 2024 gelten in der Frühchen-Versorgung höhere Mindestmengen.

© Jens Büttner / dpa / picture alliance

Berlin. Der Unparteiische Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), Professor Josef Hecken, hat die Bedeutung höherer Mindestmengen für Früh- und Reifegeborene (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/G-BA-Chef-Hecken-verteidigt-hoehere-Mindestmenge-bei-Fruehchen-Versorgung-442072.html?searchtoken=%2fjoeQX%2bXHuaFn7YYp0iPDjM1RUQ%3d&starthit=8>) mit einem Aufnahmegewicht unter 1250 Gramm hervorgehoben.

Die von der Selbstverwaltung beschlossene Anhebung der Mindestmenge von aktuell jährlich 20 auf 25 Kinder ab dem 1. Januar 2024 sei „medizinisch geboten“, schreibt Hecken in einem Brief an den Vorsitzenden der Gesundheitsministerkonferenz (GMK), Baden-Württembergs Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne). Das Schreiben liegt der Ärzte Zeitung vor.

Hecken verweist in seinem Brief auf eine Pressemitteilung und eine Stellungnahme (https://www.dgpm-online.org/fileadmin/media/publikation/neuigkeiten/Stellungnahme_Mindestmengen_16112023_2023-11-16.pdf) der Deutschen Gesellschaft für Perinatale Medizin (DGPM) zum Welt-Frühgeborenen-Tag am 17. November. Beide Dokumente sind dem Schreiben an Lucha als Anlage beigefügt. Unterstützt wird die Stellungnahme der DGPM unter anderem von der Gesellschaft für Neonatologie und Pädiatrische Intensivmedizin, der Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie und dem Bundesverband „Das frühgeborene Kind“.

„Datenlage ganz eindeutig“

In der Pressemitteilung der DGPM wird der Präsident der Fachgesellschaft, Professor Ekkehard Schlußner, aus Jena mit den Worten zitiert, aus der Datenlage gehe „ganz eindeutig“ hervor, dass durch die Erhöhung der Mindestmengen das „Leben vieler Frühgeborener gerettet werden“ könne. „Umso erschreckender“, schreibt die DGPM in ihrer Mitteilung, sei die aktuelle Diskussion, in der die Erhöhung der Mindestmengen für die Versorgung extrem unreifer Frühgeborener infrage gestellt werde.

In der Debatte würden sachlich falsche Argumente gegen die strengeren Vorgaben vorgetragen – etwa die, dass mit den höheren Mindestmengen lange Transporte mit teils hohen Risiken drohten. Frühgeburtlichkeit sei in den meisten Fällen „vorhersehbar“ – mehr als 95 Prozent der betroffenen Schwangeren würden bereits vor der Geburt stationär betreut, merkt die DGPM in ihrer Stellungnahme an.

Sachlich falsche Argumente

Sachlich unzutreffend sei auch die Behauptung, die neuen Mindestmengen führten dazu, dass Kliniken geschlossen werden müssten. Die Betreuung von Schwangeren sowie Früh- und kranken Neugeborenen sei in Level 2-Kliniken weiter gesichert.

Lucha hatte argumentiert (<https://www.aerztezeitung.de/Politik/Acht-Laender-gegen-den-G-BA-Streit-um-Fruehchen-Versorgung-eskaliert-441321.html>), nach vorliegenden Zahlen werde in der Mehrheit der Länder voraussichtlich ein Viertel bis die Hälfte aller Perinatalzentren die Mindestmenge von 25 Fällen nicht erreichen. Damit sei die Versorgung Risikoschwangerer und Frühgeborener „in hohem Maße gefährdet“.

G-BA-Chef Hecken betont in seinem Brief an Lucha, die Ausführungen der DGPM seien aus seiner Sicht deshalb „besonders bemerkenswert, weil der medizinische Sachverstand der maßgeblichen Fachgesellschaften und Elternverbände nur schwerlich in Abrede gestellt werden“ könne. Ob dies den Streit zwischen Selbstverwaltung und Ländervertretern um höhere Mindestmengen abzuschwächen vermag, bleibt abzuwarten. (*hom*)